

## DIE INTEGRATION DER TSCHECHOSLOWAKEI IN DEN RGW

*Von Christoph Buchheim*

Im Juni 1991 wurde der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) offiziell aufgelöst, ohne daß davon noch groß Notiz genommen worden wäre. Der RGW war das Instrument der sozialistischen internationalen Wirtschaftsintegration, an die zeitweise ziemlich hohe Erwartungen geknüpft worden waren. Mit der welthistorischen Wende von 1989/90 jedoch, die den Zusammenbruch des Kommunismus und den Niedergang des Sowjetimperiums in Europa besiegelte, war es auch mit der realsozialistischen Planwirtschaftsordnung sowie dem dazugehörigen Integrationstyp vorbei. Nachdem die Sowjetunion bereits auf der Comecon<sup>1</sup>-Ratstagung in Sofia Anfang 1990 vorgeschlagen hatte, den Intra-Block-Handel ab 1991 in harter Währung und zu Weltmarktpreisen abzuwickeln, was von den anderen Mitgliedsländern damals noch abgelehnt worden war, verfiel die wirtschaftliche Kohärenz der RGW-Länder mehr oder weniger spontan.

Hauptursache dafür war wohl die enorme Kürzung der Mineralöllieferungen der Sowjetunion an ihre Partnerländer, was die Attraktivität des RGW für diese rasch schwinden ließ. So einigte sich die Tschechoslowakei schon im Frühjahr 1990 mit den Sowjets darauf, rückwirkend von Jahresbeginn an den gegenseitigen Handel auf Basis von konvertiblen Devisen und Weltmarktpreisen abzuwickeln, obwohl der tschechoslowakische Vize-Ministerpräsident Vladimír Dlouhý noch in Sofia betont hatte, dies hätte katastrophale Folgen für sein Land.<sup>2</sup> Offensichtlich war es so, daß die ohnehin einseitig von der Sowjetunion vorgenommene Einschränkung ihrer Rohstoffausfuhren diese katastrophalen Folgen bereits implizierte und deshalb nichts mehr für die Beibehaltung des RGW-Handelsmechanismus sprach.

Auf der anderen Seite bedeutet dies aber, daß der zuvor von der Sowjetunion ohne weitreichende Kürzungen aufrechterhaltene Warenaustausch mit der Tschechoslowakei und weiteren Ostblockländern erhebliche Vorteile für diese barg. Genau das bestätigte Zdeněk Šedivý, der langjährige stellvertretende Vorsitzende der tschechoslowakischen Staatsplankommission, 1992 rückblickend in einem Interview. Er sagte:

If you take Czechoslovak-Soviet relations from a macroeconomic point of view, they were profitable for the Czechoslovak side. [...] If Czechoslovakia exported 80 per cent machinery,

<sup>1</sup> Comecon ist eine gebräuchliche Abkürzung für den englischen Namen des RGW, nämlich „Concil for Mutual Economic Assistance“, gebildet analog zu Cominform oder Comintern. Die eher offizielle englische Abkürzung war dagegen CMEA.

<sup>2</sup> Dazu: Vorsichtige Annäherung des Comecon an ein neues Handelssystem. In: Neue Zürcher Zeitung am 12.1.1990. – Comecon sucht nach Lösungen in Prag. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.4.1990.

equipment and consumer goods, and imported only 20 per cent, then the difference was 60 per cent. [...] From the point of view of terms of trade, this was profitable for the whole [postwar] period.<sup>3</sup>

Diese Auffassung widerspricht nun aber radikal der Perzeption der Frage in großen Teilen der Bevölkerung Tschechiens und der Slowakei wie auch der anderen ehemaligen Ostblockländer. Ist man hier doch umgekehrt der Meinung, die Sowjetunion habe ihre Satelliten im Außenwirtschaftsverkehr ausgebeutet, was ja auch eher mit der Vorstellung von einer Hegemonialmacht zusammenpaßt. Man dürfte also geneigt sein, die zitierte Aussage als Hirngespinnst eines Funktionärs abzutun.

Es lassen sich aber gute ökonomische Argumente zum Beleg der These einer Subventionierung der RGW-Partnerländer durch die UdSSR im Außenhandel anführen, was, bezogen auf die Tschechoslowakei, in diesem Aufsatz geschieht. Dabei ist gleich hier auf die Studie von Michael Marrese und Jan Vanous aus dem Jahr 1983 zu verweisen,<sup>4</sup> die erstmals einen umfassenden zahlenmäßigen Beleg für diese These lieferte. Wenn auch das quantitative Ausmaß wohl nie ganz exakt zu beziffern sein wird, so besteht doch heute grundsätzlich Einigkeit unter denen, die sich wissenschaftlich mit dem Intra-Comecon-Handel befassen, darüber, daß die Sowjetunion für sie sehr ungünstige Bedingungen dieses Handels jahrzehntelang akzeptiert hat.<sup>5</sup>

Im folgenden Abschnitt werden nun zunächst die Grundzüge der Struktur des RGW skizziert, bevor anschließend kurz auf die Entwicklung des Außenhandels der Tschechoslowakei eingegangen wird. Im dritten Abschnitt sollen dann die Wirkungen der Handelsintegration der Tschechoslowakei mit dem RGW thematisiert und die Gründe für die einseitige Verteilung der Vorteile aus dem Handel mit der Sowjetunion herausgearbeitet werden.

### *I. Grundzüge der Struktur des RGW*

Nachdem die Sowjetunion 1947 eine Teilnahme am Marshallplan zurückgewiesen hatte und auch von den osteuropäischen Staaten unter dem Druck der UdSSR eine Beteiligung abgelehnt worden war, gründeten Bulgarien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Ungarn zusammen mit der Sowjetunion Anfang 1949 den RGW. Der RGW war gewissermaßen das osteuropäische Pendant zur OEEC (Organization of European Economic Cooperation), die in Westeuropa zur Durchführung des Marshallplans geschaffen worden war. Im Gründungskommuniqué wurde denn auch explizit Bezug genommen auf den Marshallplan, durch den man die Souveränität der teilnehmenden Staaten verletzt sah. Demgegenüber würden Entscheidungen im RGW nur mit Zustimmung der interessierten Länder getroffen.<sup>6</sup>

<sup>3</sup> Zitiert nach: Stone, Randall W.: *Satellites and Commissars. Strategy and Conflict in the Politics of Soviet-Bloc Trade*. Princeton 1996, 7.

<sup>4</sup> Marrese, Michael/Vanous, Jan: *Soviet Subsidization of Trade with Eastern Europe. A Soviet Perspective*. Berkeley 1983.

<sup>5</sup> Stone: *Satellites and Commissars* 5f. (Anm. 2)

<sup>6</sup> Zum RGW generell: Brabant, Jozef M. van: *Economic Integration in Eastern Europe. A Handbook*. New York 1989. – Zwass, Adam: *Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 1949 bis 1987. Der dornige Weg von einer politischen zu einer wirtschaftlichen Integration*.

Der RGW war aber auch eine Antwort auf die vom Westen in Reaktion auf die Berlin-Blockade verhängte Gegenblockade Osteuropas. Er sollte Schrittmacher einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der „Volksdemokratien“ sein, wie es in besagtem Kommuniqué hieß. Auf der ersten Ratstagung wurde eine Fülle von Kooperationsbereichen vorgesehen, angefangen bei der Ausdehnung des gegenseitigen Handelsaustauschs über die technische Zusammenarbeit bis hin zur Plankoordinierung. Jedoch erwies sich all das zunächst als Makulatur. Von 1950 bis zu Stalins Tod 1953 führte der RGW nur ein Schattendasein. Statt dessen wurden alle wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen auf nationaler Ebene getroffen, allerdings häufig unter massiver Einflußnahme der Sowjetunion, die gar nicht daran dachte, die Souveränität ihrer Partner zu respektieren. So kam es zum Export des sowjetischen Wirtschaftsordnungsmodells in die Ostblockländer, woran aber auch die jeweiligen kommunistischen Parteien ein großes Interesse hatten, sicherte es doch ihre diktatorische Stellung auf der wirtschaftlichen Ebene ab. Zudem wurde die Präferenz für die Schwerindustrialisierung von der Sowjetunion übernommen, was zur Herausbildung ähnlicher Industriestrukturen führte und eher dem Autarkie- als dem Kooperationsgedanken Vorschub leistete. Nicht zuletzt gab es auch einseitige Transfers der abhängigen Länder in die UdSSR.<sup>7</sup> Im Fall der Tschechoslowakei handelte es sich dabei offenbar vor allem um große Uranverkäufe<sup>8</sup> unter Weltmarktpreis. Das heißt, für die frühe Nachkriegszeit findet die Annahme der wirtschaftlichen Ausbeutung osteuropäischer Länder durch die Sowjetunion tatsächlich eine gewisse Bestätigung.

Ab 1954 gab es Bemühungen, den RGW zu reaktivieren, deren treibende Kraft Chruschtschow war. 1959 wurde ein Statut verabschiedet, 1962 eine Erklärung über die „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“. Deren Ziel war es, mit Hilfe der Koordinierung der nationalen Wirtschaftspläne die Spezialisierung einzelner Länder voranzutreiben. 1963 wurde die „Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ geschaffen, ein Jahr darauf der Transferrubel als gemeinsame Verrechnungseinheit eingeführt. Dies waren erste Schritte zur geplanten Multilateralisierung des Intra-Block-Handels.

Demnach standen damals zwei Wege zur Diskussion, auf denen eine stärkere wirtschaftliche Integration des Ostblocks zustande gebracht werden sollte. Zum einen war dies die Multilateralisierung des Handels nach dem Modell Westeuropas, was zur Konvertibilität des Transferrubels zumindest innerhalb Osteuropas hätte führen müssen. Der andere Weg war, die Koordination der Volkswirtschaftspläne voranzutreiben bis hin zur überstaatlichen Planung. Einzelne Spezialisierungsabkommen wurden zwar bereits seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre abgeschlossen. Von einer weitgehenden Arbeitsteilung, wie sie angestrebt wurde, konnte jedoch noch keinesfalls die Rede sein, zumal ja kurz zuvor erst ähnliche Industriestrukturen in den einzelnen Ländern aufgebaut worden waren.

---

Wien 1988. – Eine wichtige ältere Studie ist: Kaser, Michael C.: *Comecon. Integration Problems of the Planned Economies*. London 1965.

<sup>7</sup> Kaser: *Comecon* 178.

<sup>8</sup> Kosta, Jiří: *Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945–1977*. Frankfurt/M. 1978, 80.

Beide Wege scheiterten. Gegen die überstaatliche Planung und sehr weitgehende Spezialisierung leistete vor allem Rumänien, eines der am wenigsten entwickelten Länder des Ostblocks, Widerstand. Die Rumänen befürchteten nämlich, dadurch könne die Unterentwicklung ihres Landes zementiert werden. Demgegenüber sei der eigene Staatsplan Ausdruck der nationalen Souveränität und notwendig für die Verwirklichung der selbst gesetzten Entwicklungsziele.<sup>9</sup> Da Moskau in einer Zeit des Konflikts mit Jugoslawien, China und Albanien nicht auch noch die Gefahr des Bruchs mit den Rumänen heraufbeschwören wollte, verzichtete man auf die weitere resolute Verfolgung dieses Konzepts, das recht eigentlich als „sozialistische“ Integration anzusehen ist. Wie so häufig zeigte sich auch hier, daß in der sowjetischen Führung politische Erwägungen vor ökonomischen rangierten.

Um so wichtiger wurde der zweite Weg. Vor allem Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn plädierten in den sechziger Jahren zunehmend nachdrücklich für seine Beschreitung. In dieser Zeit wurden in mehreren sozialistischen Staaten ökonomische Reformen inauguriert, die nach Meinung der genannten Länder mit einer grundlegenden Umgestaltung des RGW und einer Liberalisierung des Intra-Block-Handels einhergehen sollten. Die Binnenpreise sollten den Weltmarktpreisen angenähert und den Unternehmen größere Handlungsfreiheit unter Einschluß von Außenhandelsaktivitäten eingeräumt werden.<sup>10</sup> Solche Ideen konnten jedoch nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei vom August 1968 nur noch sehr eingeschränkt weiterverfolgt werden. So änderte auch das 1971 verabschiedete „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“ nichts Grundsätzliches an den Verfahrensregeln des Comecon – genau so wenig wie spätere ähnliche Programme.

Wie sahen diese Verfahrensregeln aus? Da der gegenseitige Handel der bei weitem wichtigste Bereich der Zusammenarbeit blieb, sollen hier nur die Regulierungsmechanismen des Außenhandels im RGW behandelt werden.<sup>11</sup> Die ganze Ge-

<sup>9</sup> Dazu auch mit Quellenbelegen: Herbst, Ludolf: Die wirtschaftliche Integration des Ostblocks und der RGW. Positionen der KP/Tsch und der SED in der Reformdebatte der 60er Jahre. In: Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948–1989. Hrsg. v. Hans Lemberg, Jan Křen und Dušan Kováč. Essen 1998, 135–151, hier 141–144. (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa 10).

<sup>10</sup> Ebenda 144–148. – Siehe auch: Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei. Hrsg. v. Karl Paul Hensel. Stuttgart 1968. Letzteres Werk enthält einen Dokumentenanhang, in dem u. a. das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vom 5. 4. 1968 abgedruckt ist, ein Schlüsseldokument des Prager Frühlings, in dem ebenfalls derartige Vorstellungen angesprochen werden.

<sup>11</sup> Vgl. für das Folgende: Buchheim, Christoph: Wirtschaftliche Folgen der Integration der DDR in den RGW. In: Wirtschaftliche Folgekosten des Krieges in der SBZ/DDR. Hrsg. v. Dems. Baden-Baden 1995, 352–360. – Für genauere Informationen siehe: Socialist World Market Prices. Hrsg. v. Tamás Földi und Tibor Kiss. Leyden 1969. – Hewett, Edward A.: Foreign Trade Prices in the Council for Mutual Economic Assistance. Cambridge 1974. – Holzman, Franklyn D.: International Trade under Communism. Politics and Economics. London 1976.

schichte des RGW hindurch waren bilaterale Abkommen die wesentliche Grundlage des Güteraustauschs, wobei dieser Bilateralismus noch rigider war als der westeuropäische der unmittelbaren Nachkriegszeit. Denn die bilateralen Handelsabsprachen zwischen den staatssozialistischen Außenhandelsmonopolorganisationen, die in die zentralen Volkswirtschaftspläne inkorporiert wurden, hatten einen ungleich höheren Verbindlichkeitsgrad als die bilateralen Handelsverträge im Westen, deren Realisierung im allgemeinen ja noch von den gewinnorientierten Aktionen privater Importeure und Exporteure abhängig blieb. Und während im Westen der Bilateralismus bereits seit Ende der vierziger Jahre schrittweise von liberalem und multilateralem Handel abgelöst wurde, scheiterten im Osten alle Anläufe zur Multilateralisierung. Vom Standpunkt des Ökonomen aus ist dies auch nicht weiter verwunderlich. Fehlten doch in allen RGW-Mitgliedsländern im multilateralen Clearing *ad hoc* einsetzbare Gütervorräte zur Abdeckung ungeplanter Nachfrage fast völlig, da prinzipiell alle Ressourcen und der gesamte Output durch die zentrale Planung erfaßt und die Verwendung von vornherein festgelegt wurden.

Praktisch führte der im Ostblock dauernd bestehen bleibende Bilateralismus jedes Jahr zu langwierigen paarweisen Bargaining-Prozessen zwischen den Außenhandelsorganisationen der RGW-Staaten. Hierbei wurde das Dilemma des RGW besonders deutlich. Nachdem Ansätze zu übernationaler Planung weitgehend gescheitert waren, konnte eine wirtschaftliche Koordination der Mitgliedsländer nämlich nur noch dezentral erfolgen. Jedoch verfügten die RGW-Länder selbst über hochzentralisierte Volkswirtschaften und boten deshalb gar keine strukturellen Anknüpfungspunkte für dezentrale Koordination, wie Märkte und freie Preise. Zwangsläufig beschränkte sich die Rolle des RGW als Institution im wesentlichen also darauf, gewisse Regeln für die bilateralen Verhandlungen vorzugeben.

Eine der wichtigsten Regeln betraf die Preisbildung für den gegenseitigen Handelsaustausch. Da die administrierten Binnenpreissysteme der Mitgliedsländer eine unterschiedliche Struktur hatten und obendrein deren Währungen nicht konvertibel waren, mußte eine davon völlig losgelöste gemeinsame Preisbasis für den Intra-Block-Handel gefunden werden. Also einigte man sich bereits 1949 darauf, den gegenseitigen Transaktionen prinzipiell Weltmarktpreise zugrunde zu legen. Allerdings sollten diese, um die Planung zu erleichtern, für längere Zeit konstant gehalten werden. Ab 1965 wurden die Preise dann gemäß dem Durchschnitt der Weltmarktpreise der Jahre 1960 bis 1964 festgesetzt. Mitte der siebziger Jahre, nach der Ölpreisexplosion, wurde eine Formel angenommen, wonach die RGW-Handelspreise dem gleitenden Mittelwert der Weltmarktpreise der jeweils fünf letzten Jahre entsprechen sollten. Eine gewisse Ironie wohnt den Preisbildungsregeln des RGW insofern inne, als diese von der Existenz eines kapitalistischen Weltmarkts abhingen. Offenbar konnten allein von diesem entlehnte Preise als objektiver Wertmaßstab von allen RGW-Ländern akzeptiert und somit endlosen Verteilungskämpfen vorgebeugt werden.

## II. Der Außenhandel der Tschechoslowakei

Tabelle 1 zeigt die Regionalstruktur des Außenhandels, d.h. der Summe von Exporten und Importen, der Tschechoslowakei.

	1937	1948	1960	1970	1980	1985
(spätere) sozialistische Länder	16,3	39,6	71,8	70,0	69,9	78,8
darunter:						
RGW	–	32,5	63,8	64,2	65,5	74,1
Sowjetunion	ca. 1	16,2	34,4	33,7*	ca. 36	ca. 45
nicht-sozialistische Länder	–	60,4	28,2	30,0	30,1	21,1
darunter: westliche Industrieländer	67,3	45,7	17,8	22,4	23,1	15,5
*1969						
Quellen: Altmann, Franz-Lothar: Wirtschaftsentwicklung und Strukturpolitik in der Tschechoslowakei nach 1968. München 1987, 159, 171 f. – Kosta: Abriß der sozialökonomischen Entwicklung 50. – Marer, Paul: Soviet and East European Foreign Trade 1946–1969. Bloomington 1972, 26, 36.						
Tabelle 1: Regionalstruktur des Außenhandels der Tschechoslowakei (%)						

Man erkennt, daß der Handel der Tschechoslowakei in der Vorkriegszeit überwiegend nach Westen ausgerichtet war. Die hauptsächlichen Handelspartner waren die westlichen Industrieländer, wohingegen die Sowjetunion nur einen sehr geringen Warenaustausch mit der Tschechoslowakei aufwies. Dies änderte sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg rasch. Es kam zu einer schnellen Umorientierung des tschechoslowakischen Außenhandels auf die sozialistischen RGW-Länder, und die Sowjetunion wurde der bei weitem wichtigste einzelne Handelspartner der Tschechoslowakei. Seit Anfang der fünfziger Jahre hatte sie allein durchweg einen Anteil von einem Drittel oder mehr am gesamten Handel der Tschechoslowakei.

Die Ursachen dieser fundamentalen Umorientierung waren vielfältig. Da war zum einen die anfängliche Nachfrageschwäche Deutschlands, des größten Handelspartners der Tschechoslowakei in der Vorkriegszeit,<sup>12</sup> die zusammenfiel mit einem enormen Bedarf der Sowjetunion an Investitionsgütern (und Uran), die dementsprechend auf massive Steigerungen der tschechoslowakischen Lieferungen drängte.<sup>13</sup> Zudem bedeuteten die westeuropäischen Integrationsfortschritte im Rahmen der OEEC automatisch eine Diskriminierung der Tschechoslowakei, die dementsprechend stärker auf osteuropäische Handelspartner verwiesen wurde. Dazu kam das auf Druck der USA initiierte westliche Embargo in Gestalt der Cocom-Liste, die 1950 etwa die Hälfte der international gehandelten Güter umfaßte.<sup>14</sup> Allerdings kann

<sup>12</sup> Resch, Andreas/Sládek, Zdeněk: Integrations- und Desintegrationstendenzen. Die Handelsbeziehungen 1921–1937. In: Österreich und die Tschechoslowakei 1918–1938. Die wirtschaftliche Neuordnung in Zentraleuropa in der Zwischenkriegszeit. Hrsg. v. Alice Teichova und Herbert Matis. Wien 1996, 255–308, hier 280, 297.

<sup>13</sup> Kosta: Abriß der sozialökonomischen Entwicklung 76–81. – Myant, Martin: The Czechoslovak Economy 1948–1988. The Battle for Economic Reform. Cambridge 1989, 14–18.

<sup>14</sup> Kaser: Comecon 15.

die Embargo-Politik, genausowenig wie die anderen genannten Gründe, nicht den dauerhaft niedrigen Anteil des Westens am Außenhandel der ČSSR erklären, betraf sie doch bereits 1955 nur noch rund zehn Prozent der handelbaren Güter, und in der Folgezeit wurde der Umfang der einem Embargo unterliegenden Produkte noch weiter reduziert. Die wesentlichen Faktoren, die die Konstanz der Außenhandelsorientierung der Tschechoslowakei wie der anderen sozialistischen Länder in Richtung ihrer RGW-Partner bewirkten, waren ökonomischer Natur.<sup>15</sup>

Dazu gehörte die gemeinsame Wirtschaftsordnung der Zentralverwaltungswirtschaft. Hatten doch Handelsvereinbarungen zwischen den sozialistischen Ländern, wie bereits ausgeführt, absolut verbindlichen Charakter. Und hierauf kam es gerade an, da die Exporte und Importe vorab in den Plan aufgenommen und festgeschrieben wurden. Der vorrangige Handel mit anderen Zentralplanwirtschaften reduzierte also die Planungsunsicherheit und das Risiko von außenwirtschaftlich bedingten Planabweichungen mit weitreichenden Folgen für die gesamte Planerfüllung.<sup>16</sup>

Innerhalb des RGW gehörte die Tschechoslowakei, zusammen mit der DDR, zu den am höchsten industrialisierten Ländern. Gleichzeitig war sie arm an Rohstoffen. Diese Konstellation fand ihren Niederschlag in der Warenstruktur des tschechoslowakischen Außenhandels. Auf der Importseite waren Nahrungsmittel und Rohstoffe immer besonders wichtig, seit den sechziger Jahren nahm dann allerdings auch die Bedeutung der Maschineneinfuhren stärker zu. Bei den Ausfuhren dagegen dominierten durchweg Industriegüter, wobei im Unterschied zur Vorkriegszeit, als Konsumgüter sehr wichtig waren, zunehmend Investitionsgüter exportiert wurden.<sup>17</sup> So belief sich der Anteil von Maschinen und Anlagen an den Gesamtausfuhren bereits 1960 auf 45 Prozent und 1985 dann auf fast 60 Prozent.<sup>18</sup>

Besonders ausgeprägt war der Handel von Investitionsgütern gegen Primärgüter mit der Sowjetunion.

	1960	1980	1984
Import			
Rohstoffe	{ ca. 25	11	8
Brennstoffe		47	62
Export			
Investitionsgüter	38	64	64
Quellen: Marer: Foreign Trade 88, 112. – Altmann: Wirtschaftsentwicklung und Strukturpolitik 190.			
Tabelle 2: Außenhandel der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion (%)			

<sup>15</sup> The Economic History of Eastern Europe 1919–1975. Hrsg. v. Michael C. Kaser. Oxford 1986, Bd. 3, 117.

<sup>16</sup> Holzman: International Trade 24.

<sup>17</sup> Resch/Sládek: Integrations- und Desintegrationstendenzen 279f., 297. – Myant: Czechoslovak Economy 17f. – Altmann, Franz-Lothar: Wirtschaftsentwicklung und Strukturpolitik in der Tschechoslowakei nach 1968. München 1987, 161 f., 164, 174.

<sup>18</sup> Comecon Foreign Trade Data 1986. Hrsg. v. Vienna Institute for Comparative Economic Studies. London 1988, 79, 81.

Nachdem die Ölpreiserhöhungen der siebziger Jahre Anfang der achtziger Jahre auch im Intra-Comecon-Handel voll wirksam geworden waren – die Verzögerung beruhte auf den Spezifika der oben beschriebenen Comecon-Preisbildungsregel für diese Zeit, wodurch ein Anstieg der Weltmarktpreise erst allmählich im RGW-Handel wirksam wurde –, erhöhte sich der Anteil der Brennstoff-, d. h. vor allem der Mineralölimporte aus der UdSSR in die Tschechoslowakei sprunghaft, wie aus Tabelle 2 ersichtlich. Im Gegenzug steigerte die Sowjetunion ihre Nachfrage nach tschechoslowakischen Gütern. Zusammen führte dies zu einem schnellen Anstieg des Anteils der Sowjetunion am Außenhandel der ČSSR um beinahe zehn Prozentpunkte (siehe Tabelle 1). Damals stammten knapp 90 Prozent des tschechoslowakischen Primärgüterimports aus der Sowjetunion, und diese stellten rund 37 Prozent des gesamten inländischen Energieverbrauchs der Tschechoslowakei dar.<sup>19</sup> Das bedeutet also, daß der Handel mit der UdSSR für die Tschechoslowakei ganz besonders wichtig war.

### *III. Wirkungen der Handelsintegration der Tschechoslowakei im RGW*

Betrachtet man die Warenstruktur ihres Außenhandels generell, könnte man angesichts der Dominanz der Investitionsgüter bei den Exporten vermuten, es habe sich bei der Tschechoslowakei um ein sehr hoch entwickeltes Land gehandelt. Dies wäre jedoch ein Irrtum. In Wahrheit konnte die ČSSR nämlich mit Investitionsgütern dem Wettbewerb auf dem westlichen Weltmarkt immer weniger standhalten. Schon im Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei vom Frühjahr 1968 wurde vom „Verlust der Konkurrenzfähigkeit unserer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt“ gesprochen. Und dies verschlimmerte sich in der folgenden Zeit noch stark.

In den achtziger Jahren gingen nämlich fast 90 Prozent der tschechoslowakischen Investitionsgüterausfuhren in sozialistische Länder. Während knapp zwei Drittel aller Exporte in die sozialistischen Länder Investitionsgüter waren, waren es bei der Ausfuhr in die westlichen Industrieländer nur rund 10 Prozent, dagegen waren 30 Prozent Rohstoffe – trotz Rohstoffarmut der Tschechoslowakei. Auf der anderen Seite bestanden beinahe 40 Prozent der Einfuhr aus den westlichen Industrieländern aus Maschinen und Anlagen.<sup>20</sup> Das heißt, nur im Handel mit den sozialistischen Partnerländern wies der Außenhandel der Tschechoslowakei die Struktur eines entwickelten Landes auf, im Handel mit den industrialisierten westlichen Ländern dagegen erschien sie eher wie ein weniger entwickeltes Land. Ja, schlimmer noch, während sich der Anteil der Schwellenländer an den gesamten Importen gewerblicher Güter der Industrieländer im Verlauf der siebziger Jahre mehr als verdoppelte, verringerte sich derjenige der Tschechoslowakei um gut ein Viertel.<sup>21</sup> Die ČSSR fiel also, was ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem westlichen Weltmarkt betraf, deutlich hinter die Schwellenländer zurück.

<sup>19</sup> RGW. Hrsg. v. Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1987, 243.

<sup>20</sup> Comecon Foreign Trade Data 79, 81, 333, 340.

<sup>21</sup> Myant: Czechoslovak Economy 231.

Der zunehmende Mangel an Wettbewerbsfähigkeit der ČSSR auf westlichen Märkten zeigte sich ebenfalls an den dort von ihr erzielten Preisen. So sanken die Kilogramm-Preise tschechoslowakischer Maschinen auf dem EG-Markt, gemessen an denen aller Maschinenexporte auf diesem Markt, zwischen 1965 und 1985 von 47 auf nur noch 25 Prozent.<sup>22</sup> Im Vergleich zu denen anderer Herkunft waren tschechoslowakische Maschinen also bereits 1965 relativ materialintensiv, offenbar von geringerem technischen Gehalt und mit Qualitätsmängeln behaftet. Und dies verschärfte sich bis in die achtziger Jahre hinein massiv.

Die Konsequenz dieser Situation war, daß der RGW und vor allem der Austausch mit der Sowjetunion für die Tschechoslowakei immer wichtiger wurden. Denn, entgegen den proklamierten Absichten, spiegelten die Preise im Intra-Block-Handel von Industriegütern und vor allem von Maschinen nicht deren aufgrund von Qualitäts- und Sortimentsdefiziten ständig absinkende Weltmarktpreise wider. Handelte es sich dabei doch im Unterschied zu Rohstoffen im allgemeinen um stark differenzierte Produkte. Je nach Güte und Ausstattung war die Spanne möglicher kapitalistischer Referenzpreise sehr groß. Die Intra-Comecon-Preise bewegten sich infolge der durch Engpässe und den Mangel an konvertiblen Devisen generell hohen Nachfrage der RGW-Länder aber wohl meist am oberen Ende der dokumentierbaren Spanne. Häufig waren die Preise industrieller Produkte ohnehin historisch bedingt, da man unmöglich über sie alle von Jahr zu Jahr verhandeln konnte und es oberstes Ziel der Handelsgespräche war, überhaupt einen Ausgleich der bilateralen Bilanzen zustande zu bringen. Preiszugeständnisse der einen Seite führten daher oft zu der Forderung, auch die andere Seite müsse Zugeständnisse machen, um die Bilanz im Gleichgewicht zu halten. Da deshalb viele Preise gewerblicher Waren über Jahre und Jahrzehnte hinweg nicht neu verhandelt wurden, bedeutete dies, daß sie trotz des Veraltens der Produkte und immer größeren relativen Qualitätsrückstandes konstant blieben und damit die Differenz zu den auf dem Weltmarkt erzielbaren Erlösen mehr und mehr zunahm.<sup>23</sup>

Im Intra-Block-Handel war somit Wettbewerb weitgehend ausgeschaltet. Dies beschränkte die Anreize zu Verbesserungen und Innovationen weiter, die ja ohnehin in einer Zentralplanwirtschaft kaum vorhanden sind. Daher verwundert es nicht, daß die Tschechoslowakei sowie andere sozialistische Länder langfristig ihre Fähigkeit, auf den westlichen Weltmärkten mit Industriegütern, vor allem aber mit Maschinen zu konkurrieren, immer mehr einbüßten. Das bedeutet jedoch, daß sich ihr Mangel an konvertiblen Devisen zunehmend verschärfte und daß sie Einfuhren aus dem Westen weniger und weniger finanzieren konnten. Viele dieser Länder, darunter auch die ČSSR, waren jedoch mangels ausreichender heimischer Vorkommen auf den Import von Rohstoffen und vor allem von Energie existentiell angewiesen. Der Hauptexporteur solcher Produkte in ihrem Kreis, die Sowjetunion, wurde demnach als Lieferant immer wichtiger. Mehr und mehr hing das Überleben des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei von der Existenz des RGW und

<sup>22</sup> Winiecki, Jan: Eastern Europe. Challenge of 1992 Dwarfed by Pressures of System's Decline. In: Außenwirtschaft 44 (1989), 351.

<sup>23</sup> Buchheim: Wirtschaftliche Folgen der Integration 356–359.

damit den privilegierten Austauschbeziehungen mit der UdSSR ab. Verkaufte diese ihr doch Rohstoffe und Öl, die sie zu ähnlichen Preisen auch auf dem westlichen Weltmarkt hätte absetzen können – da es sich um relativ homogene Güter handelt, führte die RGW-Preisbildungsregel hier zu realistischen Bewertungen –, und nahm im Gegenzug dafür qualitativ minderwertige Produkte zu relativ weit überhöhten Preisen in Zahlung.<sup>24</sup> Damit subventionierte die Sowjetunion also die Tschechoslowakei und andere rohstoffarme RGW-Länder und zwar, vor allem seit der Ölpreisexplosion der siebziger Jahre, mit steigenden Beträgen.

Gemäß den Berechnungen von Michael Marrese und Jan Vanous beliefen sich diese Subventionen allein zwischen 1970 und 1978 auf etwa 6,5 Mrd. Dollar, wobei sie seit 1974 mehr als eine Milliarde Dollar pro Jahr ausmachten.<sup>25</sup> Zwar stieg danach der Preis für die Ölimporte der Tschechoslowakei an, das führte jedoch, wie gezeigt, nur dazu, daß die Sowjetunion noch mehr Industriegüter von dort einkaufte, deren relative Qualität sich weiter verminderte. Man kann also annehmen, daß die UdSSR die Tschechoslowakei auch in den achtziger Jahren kräftig subventioniert hat. Diese Subventionen betrogen, um einen besonders provokativen Vergleich zu machen, insgesamt real, also unter Berücksichtigung der Geldentwertung in den USA, ein Vielfaches der 1,4 Mrd. Dollar Marshallplanhilfe, die Westdeutschland in der Nachkriegszeit erhalten hat.<sup>26</sup> Jedoch gingen von ihnen, anders als vom Marshallplan, keinerlei die Wachstumskräfte der ČSSR belebenden Effekte aus. Im Gegenteil, je länger dieser Zustand währte, desto mehr wurde, wie wir sahen, die Tendenz zur Unterentwicklung verschärft.

Anfang der neunziger Jahre begann die Sowjetunion, wie erwähnt, die Energielieferungen an ihre Partner radikal zu kürzen, wodurch sie den schnellen Zusammenbruch des RGW provozierte. Dadurch wurde zweifellos die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei und anderen ehemals sozialistischen Ländern kurzfristig vertieft. Sozialprodukt und Lebensstandard der Bevölkerungen sanken. Alle osteuropäischen Staaten werteten ihre Währungen enorm ab, die Tschechoslowakei allein bis 1991 um 50 Prozent.<sup>27</sup> Dies kann als Indikator dafür angesehen werden, wie stark die wahre internationale Wettbewerbsfähigkeit infolge des spezifischen RGW-Arrangements verschleiert worden war. Auf mittlere Sicht wurde so jedoch der *Circulus vitiosus* von abnehmender Konkurrenzfähigkeit, verstärktem Angewiesensein auf den RGW und hier besonders auf den Handel mit der Sowjetunion und immer weiter sinkendem Wettbewerbsvermögen durchbrochen und die Voraussetzung für gesundes Wirtschaftswachstum gelegt.

<sup>24</sup> Siehe hierzu nochmals die eingangs zitierte Aussage von Zdeněk Šedivý, die ja genau auf die unterschiedliche Zusammensetzung von Exporten und Importen der ČSSR im Handel mit der Sowjetunion abhebt.

<sup>25</sup> Marrese/Vanous: Soviet Subsidization 187.

<sup>26</sup> Buchheim, Christoph: Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958. München 1990, 72.

<sup>27</sup> Wirtschaftsreform ČSFR. Anfang gemacht. In: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 25. 7. 1991, 6f. – Osteuropa/Wechselkurse: Spiegel der Reform. In: Ebenda vom 18. 2. 1993, 4f.